

# Initiativ *post*

Eidgenössische  
Volksinitiative

«Abtreibungs-  
finanzierung  
ist Privatsache»



Die meisten Menschen würden nie eine Abtreibung vornehmen. Sie wollen auch nicht für die Abtreibungen anderer bezahlen müssen.



**Peter Föhn**  
Co-Präsident  
des Initiativkomitees,  
Nationalrat

## Bestimmen Sie unsere Zukunft mit!

Der Schutz des Lebens sowie die Sicherung unserer Sozialwerke gehören zu den wichtigsten politischen Aufgaben unserer Volksvertreter in Bern. Doch ein Grossteil unserer Politiker hat diese Aufgabe bislang nicht oder zu wenig wahrgenommen. Sie als Wählerin und Wähler haben nun die Gelegenheit, dies zu ändern: Im Oktober 2011 stehen wieder National- und Ständeratswahlen vor der Tür.

Diese Wahlen beeinflussen die weitere Entwicklung unserer Schweiz: Wird das neue Parlament den Schutz des Lebens – auch des ungeborenen – ernst nehmen? Werden die neuen Parlamentarier dafür sorgen, dass unsere Sozialwerke und Versicherungen weiter finanzier- und bezahlbar bleiben?

Eine Antwort auf diese existenziellen Fragen erhalten Sie, wenn Sie die Politiker nach der Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» fragen. Denn diejenigen National- und Ständeratskandidaten, die sich für unsere Volksinitiative einsetzen, sprechen sich gegen die Finanzierung von Abtreibungen durch die Krankenkassengrundversicherung aus. Sie setzen sich damit für bezahlbare Krankenkassenprämien sowie den Schutz des ungeborenen Kindes ein und wollen nicht, dass jeder Prämienzahler dazu gezwungen wird, mit seinen Krankenkassenprämien Abtreibungen zu finanzieren.

Befragen Sie deshalb die Stände- und Nationalratskandidaten aus Ihrem Kanton, wie sie zur Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» stehen! Denn nur so können Sie sichergehen, dass Ihre Kandidatin, Ihr Kandidat sich für Ihre Anliegen und für unsere Volksinitiative einsetzt!

Mit besten Grüßen

Ihr Peter Föhn, Nationalrat,  
Co-Präsident des Initiativkomitees

## «Preisschild» für Abtreibungen: Wenn Abtreibungen ein «Preisschild» haben, gibt es weniger häufig ungewollte Schwangerschaften

Eine umfangreiche Studie aus den USA zeigt: Fällt die öffentliche Abtreibungsfinanzierung weg, führt dies zu deutlich verantwortungsbewussterem Sexualverhalten. Die Zahl ungewollter Schwangerschaften nimmt ab und in der Folge auch die Zahl der Abtreibungen. Die öffentliche Finanzierung von Abtreibungen wirkt demgegenüber wie eine Versicherung gegen Schwangerschaft und ermuntert zu verantwortungsloser sexueller Aktivität.

Abtreibungsbefürworter betonen immer wieder den Vorrang der selbstverantwortlichen Entscheidung der Frau über ihre Schwangerschaft. Das amerikanische Beispiel zeigt jedoch, dass gerade der Wegfall der Abtreibungsfinanzierung zu einem verantwortungsbewussteren Umgang mit der Sexualität führt.

Der Studie von Levine, Trainor und Zimmerman (1996)<sup>1</sup> zufolge sinkt die Zahl der ungewollten Schwangerschaften dort, wo die Abtreibung nicht mehr aus öffentlichen Geldern finanziert wird, relativ um bis zu 8.1%<sup>2</sup>: Von 1981 bis 1988 haben 38 von 50 US-Bundesstaaten von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die öffentliche Abtreibungsfinanzierung sofort oder schrittweise abzuschaffen. In den 27 Staaten mit sofortiger Abschaffung sank

die Zahl der Schwangerschaften (Summe aller Geburten und Abtreibungen), während sie in den 12 Staaten ohne jegliche Einschränkungen im gleichen Zeitraum deutlich anstieg. Diese beiden gegenläufigen Effekte aufaddiert ergeben eine relative Veränderung von minus 8.1%, bezogen auf die Schwangerschaftsrate<sup>3</sup>.

Erklären lässt sich das Ergebnis der Studie so: Die staatliche Abtreibungsfinanzierung begünstigt risikobehaftetes Sexualverhalten, denn die kostenfreie Verfügbarkeit von Abtreibung wirkt als «letzter Ausweg», ähnlich wie eine Versicherung gegen Velodiebstahl. Wer den wirtschaftlichen Schaden aus eigener Fahrlässigkeit nicht selber tragen muss, verhält sich – unterbewusst – viel riskanter: Ist man in Eile, wird das Velo dann eben nur nachlässig gegen Diebstahl gesichert. Analog dazu stärkt die Erwartung, schlimmstenfalls 500 bis 1500 Franken selber bezahlen zu müssen, einen verantwortungsvollen Umgang mit Sexualität. Das «Preisschild» bei der Abtreibung führt demnach zu einer geringeren Anzahl ungewollter Schwangerschaften.

« ... die Zahl der Abtreibungen sinkt um jährlich über 500. Das macht über 20 Schulklassen mit je 25 Kindern aus. »

Der Vergleich bezüglich der Abtreibungsrate gibt ein analoges Bild. In Bundesstaaten mit öffentlicher Abtreibungsfinanzierung stieg die Zahl der Abtreibungen im Laufe der Zeit. Ohne öffentliche Abtreibungsfinanzierung sank die Zahl der Abtreibungen dagegen. Auf die ganzen USA hochgerechnet hätten jährlich etwa 80'000 oder 5% weniger Abtreibungen stattgefunden. Da in der Schweiz die Krankenversicherung die ganze Bevölkerung abdeckt, ist bei Annahme der Initiative zu erwarten, dass die Zahl der Abtreibungen um jährlich über 500 sinkt. Das macht über 20 Schulklassen mit je 25 Kindern aus.

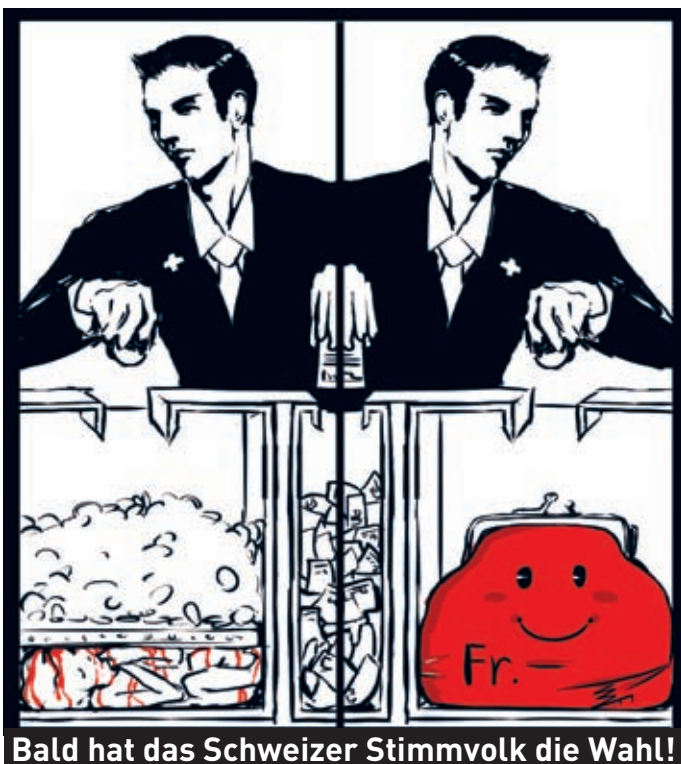
Stefan Meyer, Politikwissenschaftler, Berlin

<sup>1</sup> Quelle: Philipp B. Levine, Amy B. Trainor, David J. Zimmerman (1996): "The effect of Medicaid abortion funding restrictions on abortions, pregnancies and births", *Journal of Health Economics*, 15, 555-578 (hier S. 563/564)

<sup>2</sup> Messbar ist ein Absinken der Zahl sämtlicher Schwangerschaften. Aus logischen Überlegungen betrifft dieser Effekt praktisch nur ungewollte Schwangerschaften.

<sup>3</sup> Auch bei der Wahl aufwendigerer statistischer Methoden bleibt dieser Effekt sichtbar.

Cartoon: Zusendung aus dem Kreis von Junge-Sammler@privatsache.ch



Bald hat das Schweizer Stimmvolk die Wahl!

## Interview mit Andrea Geissbühler, SVP-Nationalrätin (BE) «Die obligatorische Abtreibungsfinanzierung ist ein Fehler im Konstrukt der Krankenversicherung.»

**Mit Ihren Krankenversicherungsprämien müssen Sie derzeit Abtreibungen mitfinanzieren. Weshalb wollen Sie das jetzt ändern?**

Heute können viele Familien kaum noch die Krankenkassenprämien bezahlen, darum muss alles aus der Grundversicherung gestrichen werden, was nicht wirklich lebensnotwendig ist. Wer abtreiben will, soll dies selber bezahlen. Die Abtreibungsfinanzierung ist keine Staatsaufgabe.

**In Ihrem Beruf im Polizeidienst kommen Sie mit allen Schichten der Gesellschaft in Berührung. Was wäre die Folge, wenn Abtreibungen plötzlich selbst bezahlt werden müssen?**

Ich würde mir erhoffen, dass mit dieser Massnahme die Selbstverantwortung wieder in den Vordergrund gerückt wird. Wegen den Kosten würden sich hoffentlich Frauen und Männer wieder bewusster mit den Themen Sexualität und Verhütung auseinandersetzen. Es darf nicht weiter selbstverständlich sein, dass Abtreibungen als letztes Notfall-Verhütungsmittel betrachtet werden. Das Ungeborene braucht dringend unseren Schutz.

**Es gibt Studien aus den USA, die belegen, dass jene Staaten ohne staatliche Finanzierung von Abtreibungen keine höhere Quote von Kurpfuscherabtreibungen haben. Wie können Sie sich das erklären?**

Kurpfuscher haben keine höheren Quoten, weil Abtreibungen ja nicht verboten sind. Einige Frauen gehen nur zu Kurpfuschern, wenn sie sonst keinen legalen Ausweg sehen. Die Kostenfrage spielt keine Rolle, denn auch die Kurpfuscher kosten ihren Preis. Zudem ist das Risiko für Komplikationen sehr hoch. Das macht sie unattraktiv. Heute sind seit der Einführung der Abtreibungspille die Kosten für Abtreibungen so stark gesunken, dass niemand mehr zu Kurpfuschern geht.



« Die Abtreibungsfinanzierung ist keine Staatsaufgabe. »

SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler (BE)

**Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am 16. Dezember 2010 im Irland-Fall entschieden, dass es kein Menschenrecht auf Abtreibung gebe. Was heisst das für die Volksinitiative?**

Dies ist ein guter und logischer Entscheid. Wenn es schon kein Recht auf Abtreibung gibt, weshalb soll die obligatorische Krankenversicherung dann Abtreibungen bezahlen? Auch sollte dieser Entscheid Signalwirkung auf die öffentliche Meinung haben, nämlich, dass Abtreibungen Menschenleben zerstören.

**Ein grundlegendes Prinzip der obligatorischen Krankenversicherung ist das Prinzip der Solidarität. Gilt das auch für die Abtreibungsfinanzierung?**

Die obligatorische Abtreibungsfinanzierung hat nichts mit Solidarität zu tun. Sie ist ein Fehler im Konstrukt der Krankenversicherung. Solidarität hat immer auch Grenzen, zum Beispiel dort, wo es um die Rechte anderer geht, oder wenn die Gewissensfreiheit tangiert wird. Abtreibungen sind ganz persönliche Entscheidungen,

Entscheidungen über Leben und Tod eines gezeugten Menschen. Deshalb dürfen die Prämienzahlenden auch nicht gezwungen werden, solch ethisch fragwürdige Eingriffe mitzufinanzieren.

**Es gibt viele gute Gründe für diese Volksinitiative. Welche sind für Sie die drei wichtigsten, in welcher Prioritätenreihenfolge?**

- Die Krankenkassenprämien müssen wieder für alle bezahlbar sein.
- Die Entscheidung über Leben und Tod soll nicht von der Allgemeinheit bezahlt werden müssen.
- Die Selbstverantwortung für das eigene Verhalten muss gestärkt werden.

## Aktuell

### Aus der amerikanischen und russischen Presse:

**USA:** Der Präsident des US-Repräsentantenhauses will ein Gesetz, das die Finanzierung von Abtreibungen mit Staatsgeldern verbietet.



WASHINGTON / In seiner ersten Rede im amerikanischen Parlament, am 21. Januar 2011, verlangte der neue Sprecher des Repräsentantenhauses, John Boehner, mit hoher Priorität ein Gesetz, das die Finanzierung von Abtreibungen mit Steuergeldern verbietet. „Ein Abtreibungsfinanzierungsverbot“, so Boehner, „sei der Wille der Menschen und sollte Gesetz dieses Landes werden.“ Kurz zuvor wurde von der Quinnipiac-Universität eine Studie veröffentlicht, wonach 67 Prozent der Steuerzahler eine von der öffentlichen Hand geförderte Abtreibung ablehnen.

„Unser Ziel ist es, jede finanzielle Regierungsunterstützung für Abtreibung dauerhaft zu beenden, egal ob es sich um eine direkte Finanzierung oder um Steuerfreibeträge oder irgendeine andere Form der direkten oder verdeckten Subventionierung handelt“, so Parlamentspräsident Boehner. Die angestrebte Änderung von Obamas Gesundheitsreform sehe auch den Schutz der Gewissensfreiheit von Personen und Einrichtungen vor. Niemand dürfe gegen seinen Willen und sein Gewissen gezwungen werden können, weder direkt noch indirekt, an Abtreibungen mitzuwirken.

**RUSSLAND:** Patriarch Kyrill von Moskau verlangt das Ende der staatlichen Abtreibungsfinanzierung.



MOSKAU / „Öffentliche Gelder sollen nur in extremen Fällen für Abtreibungen verwendet werden dürfen.“ Das verlangte der russisch-orthodoxe Patriarch Kyrill von Moskau am Montag, 17. Januar 2011, in einem Schreiben zuhanden des Staatsrates (ein beratendes Gremium unter dem Vorsitz von Dimitri Medwedew).

Anliegen dieser beispiellosen Initiative, bei der die orthodoxe Kirche Russlands zum ersten Mal ein offizielles Dokument mit konkreten Vorschlägen an die Behörden verfasst hat, sind vor allem die Sorge über die zu leichtfertige Inanspruchnahme der staatlich finanzierten Abtreibung. Der Patriarch beantragte, dass die Kosten für die Abtreibung nicht mehr vom Gesundheitssystem getragen werden sollen (ausser im Falle der Todesgefahr für die Mutter) und schlägt zudem vor, dass es Pflicht sein soll, die Frauen über alle negativen Folgen der Abtreibungen zu informieren. Zudem wünscht er die Einführung einer Zustimmung nach Aufklärung und eine Zeit der Überlegung. Das Dokument der orthodoxen Kirche schlägt auch die Schaffung eines „Krisenzentrums“ in allen Geburtskliniken vor.

*Endspurt: Helfen Sie mit bei den  
letzten 10'000 Unterschriften!  
Herzlichen Dank!*

**Ihre Spende hilft Kosten tragen.  
Jeder Franken zählt!**

► **PC 40-50 60 70-6**

**Jetzt**

**Unterschriftenbögen  
bestellen:**

**Tel.: 061 415 20 57  
oder auf:**

**[www.privatsache.ch](http://www.privatsache.ch)**

#### Impressum:

**Initiativpost** erscheint 4-mal jährlich / **Abo:** CHF 10.–, für Gönner/-innen im Beitrag enthalten / **Herausgeber und Redaktion:** Überparteiliches Komitee «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache», Postfach, 4142 Münchenstein 1 / **Tel.** 061 415 20 57 / **Fax** 061 415 20 58 / **info@privatsache.ch** / **Postkonto:** 40-50 60 70-6 / © **Initiativkomitee** / **Bilder:** S.1: istockphoto, alle übrigen z.V.g. / **Gestaltung:** GOAL AG für Werbung und Public Relations, 8600 Dübendorf / **Druck:** Spühler Druck AG, 8630 Rüti.